




Kosovo

Länderinformation

 **Bundesministerium**
Europäische und internationale
Angelegenheiten

 **Austrian
Development
Agency**

Einleitung

Kosovo erklärte am 17. Februar 2008 seine Unabhängigkeit. Davor stand das Land unter der Verwaltung der Vereinten Nationen, die nach dem Kosovo-Konflikt 1998/99 eingesetzt worden war.

Die Unabhängigkeit Kosovos wird nach wie vor nicht von allen Staaten anerkannt, darunter auch von fünf Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU). Rund 100 Staaten erkennen die Unabhängigkeit an, so auch Österreich.

Seit 2011 unterstützt die EU einen Dialog zwischen Belgrad und Pristina, in dessen Rahmen wichtige Abkommen zur Normalisierung der Beziehung zwischen Kosovo und Serbien geschlossen wurden. Deren Umsetzung steht teilweise noch aus. Fortschritte in diesem Zusammenhang sind eine wichtige Voraussetzung für weitere Schritte im EU-Integrationsprozess beider Länder.

Kosovo ist eines der ärmsten Länder Europas. Wirtschaftlich entwickelt sich das Land mit relativ stabilen und starken Wachstumsraten. Es herrscht jedoch große Armut und hohe Arbeitslosigkeit.

BASISDATEN	
Staatsform	Republik
Unabhängigkeit	17. Februar 2008 (Proklamation)
Staatsoberhaupt	Vjosa Osmani (seit 4.4.2021)
Regierungschef	Albin Kurti (seit 22.3.2021)
Fläche	10.887 km ²
Bevölkerung	1,8 Mio.*
Bevölkerungsdichte	165 Menschen pro km ² **
Armutrate	18,0 % **
Arbeitslosigkeit	25,9 % (2019)*
Jährliches BIP-Wachstum	4,0 % (2019)*
BIP/Kopf	3.959 Euro (2019)*
Währung	Euro

Quellen:

* IMF Report April 2020

** Weltbank: Country Database, Stand Jänner 2021, <http://data.worldbank.org/country/kosovo>



Internationale Präsenz

Die internationale Präsenz in Kosovo wurde mit der Ausrufung der Unabhängigkeit 2008 schrittweise umorganisiert. Seither schrumpfte die Verwaltung der Vereinten Nationen von mehreren Tausend auf rund 370 Angehörige.

Das Büro der Europäischen Union (EU) ist mit insgesamt rund 100 Personen vertreten, die die Kosovo-Politik der EU sowie die EU-Programme umsetzen. Die EU-Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX Kosovo verfügt derzeit über etwa 430 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie unterstützen den jungen Staat beim Aufbau einer funktionierenden Verwaltung in den Bereichen Justiz, Polizei und Zoll. Das aktuelle Mandat der Mission wurde am 16. April 2020 aufgrund der COVID-19-Pandemie um ein Jahr verlängert und läuft noch bis 14. Juni 2021. Seit Jänner 2019 hat EULEX im Justizbereich nur mehr eine Beobachterfunktion. Eine Verlängerung des Mandats der Mission bis Juni 2023 ist in Aussicht genommen.

Die Mission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ist mit rund 500¹ Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorwiegend in den Bereichen Demokratisierung und Menschenrechte tätig und auch außerhalb Pristinas sehr präsent. Unter ihr Mandat fällt auch die Unterstützung bei der Durchführung von Wahlen, insbesondere in den serbisch besiedelten Gebieten Kosovos.

Die internationale NATO-Sicherheitspräsenz KFOR besteht derzeit aus rund 3.500 Soldatinnen und Soldaten. Österreich stellt mit bis zu 600 davon das größte Nicht-NATO-Kontingent.

Politische Situation

Ein begrenzter Kreis von Personen innerhalb der etablierten Parteien bestimmt die Politik Kosovos seit Kriegsende 1999. Zu den größten Problemen des Landes zählen überbordende Bürokratie, Korruption und vor allem mangelnde Rechtssicherheit. Im Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International² liegt Kosovo aktuell auf Rang 104 von 180 Staaten – drei Plätze schlechter als im Vorjahr. Die Zukunft des jungen Staates hängt maßgeblich von weiteren inneren Reformen im Sinne guter Regierungsführung ab.

Die wichtigsten Parteien sind die Vetevendosje („Selbstbestimmung“), die Demokratische Partei (PDK, hervorgegangen aus der Bürgerkriegsmiliz UCK), die Demokratische Liga des Kosovo (LDK), die auf den verstorbenen Ex-Präsidenten Ibrahim Rugova zurückgeht, die Allianz für die Zukunft Kosovos (AAK) sowie die serbische Einheitsliste Srpska Lista. Daneben gibt es noch kleinere Parteien, wie die Neue Kosovo Allianz (AKR) des Milliardärs Behgjet Pacolli.

Mit drei amtierenden Regierungen innerhalb eines Jahres war 2020 für die Republik Kosovo von großer politischer Instabilität geprägt. Am 6. Oktober 2019 fanden vorgezogene Neuwahlen statt. Dies wurde aufgrund der Vorladung des ehemaligen Premierministers Ramush Haradinaj (AAK) vor das Sondergericht für Kriegsverbrechen in Den Haag nötig. Mit der links-nationalistischen Partei Vetevendosje und der konservativen Partei Demokratische Liga des Kosovo gewannen zwei Oppositionsparteien mit 26,27 Prozent bzw. 24,55 Prozent die meisten Stimmen in einem Kopf-an-Kopf-Rennen. Nach langen und schwierigen

¹ <https://www.osce.org/mission-in-kosovo/143996>

² https://images.transparencycdn.org/images/2020_Report_CPI_EN.pdf

gen Koalitionsverhandlungen einigten sich die Parteivorsitzenden Albin Kurti (Vetevendosje) und Isa Mustafa (LDK) auf eine Regierung unter Kurti als Premierminister. Sie trat am 3. Februar 2020 ihr Amt an.

Am 18. März 2020 entließ Kurti Innenminister Agim Veliu (LDK), weil dieser die Ausrufung des Ausnahmezustands zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie unterstützte. Dies hätte dem Kosovo-Sicherheitsrat³ unter Vorsitz von Präsident Hashim Thaçi (PDK) die politischen Entscheidungsbefugnisse gegeben. Der Kosovo-Sicherheitsrat hat eine beratende Funktion in allen Angelegenheiten, die die Sicherheit Kosovos und seinen Beitrag zur regionalen Stabilität betreffen. Der Juniorpartner der Koalition, LDK, stellte daraufhin einen Misstrauensantrag als Vergeltung für die Entlassung und aufgrund anderer interner Unstimmigkeiten zwischen den Koalitionsmitgliedern. Nur 51 Tage nach ihrer Bildung wurde die Kurti-Regierung am 25. März 2020 von einer Mehrheit im Parlament der Republik Kosovo abgesetzt. Damit war sie die erste Regierung weltweit, die aufgrund von Unstimmigkeiten über den Umgang mit COVID-19 abgewählt wurde.

Das Misstrauensvotum führte zu einer politischen Krise bezüglich der verfassungsmäßigen Verfahren zur Bildung einer neuen Regierung. Diese übernahm nach Klärung durch das Verfassungsgericht am 3. Juni 2020 unter Premierminister Avdullah Hoti (LDK) die Amtsgeschäfte. Das Kabinett von Hoti war nach einem Übereinkommen der Parteien LDK, AAK, der Sozialdemokratischen Initiative (NISMA) und der Srpska lista (SL) zustande gekommen. Das Misstrauensvotum führte aber zu einer Spaltung der LDK, unter anderem verließ die Parlamentspräsidentin Vjosa Osmani die Partei.

Am 21. Dezember 2020 entschied das kosovarische Verfassungsgericht, dass die Wahl von Hotis Kabinett verfassungswidrig sei, da ein Abgeordneter – Etem Arifi, der für die Regierung stimmte – zuvor rechtskräftig verurteilt wurde. Seine Stimme war ausschlaggebend dafür, dass Hotis Regierung eine einfache Mehrheit von 61 Stimmen im 120-köpfigen Parlament erhielt.

Am 14. Februar 2021 fanden daraufhin Neuwahlen statt. Laut endgültigem Wahlergebnis der Parlamentswahlen⁴ erhielt die linke Reformbewegung Vetevendosje unter Albin Kurti 50,28 Prozent der Stimmen. Die langjährige Regierungspartei PDK erhielt nach Angaben der Wahlkommission 17,01 Prozent der Stimmen. Klarer Wahlsieger ist Vetevendosje unter Albin Kurti, der mit Vjosa Osmani in einer gemeinsamen Liste angetreten ist. Kurti Am 22. März 2021 fand die konstituierende Sitzung des Parlaments statt. Glauk Konjufca (Vetevendosje) wurde zum Parlamentspräsidenten gewählt und übernahm die Funktion des amtsführenden Präsidenten. Am selben Tag wurde die neue Regierung von Albin Kurti angelobt, sie erhielt 67 von 120 Stimmen. In weiterer Folge wählte das Parlament am 4. April 2021 im dritten Wahlgang Vjosa Osmani zur neuen Staatspräsidentin.

Die Arbeit des Sondergerichtshofes für Kriegsverbrechen

Der Sondergerichtshof für im Kosovo-Krieg begangene Kriegsverbrechen durch die kosovarische Untergrundarmee UCK hat Anfang 2017 seine Arbeit aufgenommen. Erste Anklagen wurden 2018 erhoben, weitere folgten 2019 und 2020. Es ist unklar, welche weiteren hochrangigen kosovarischen Politikerinnen und Politiker eventuell noch mit einer Anklage zu rechnen haben.

³ <https://ksk.rks-gov.net/en/per-ne>

⁴ <https://www.kqz-ks.org/wp-content/uploads/2021/03/2.Rezultatet-sipas-subjekteve-politike-1.pdf>, Stand März 2021

Fortsetzung des Dialogs mit Belgrad

Serbien hat die staatliche Unabhängigkeit der meisten ehemaligen Teilrepubliken Jugoslawiens anerkannt. Nicht so jene der ehemaligen Autonomen Provinz Kosovo. Um diese Frage zu lösen, wurde 2011 unter Vermittlung der EU ein politischer Dialog zwischen Pristina und Belgrad gestartet. Dabei tritt die EU als Vermittlerin auf. Das Vertrauen Kosovos und seiner Bürgerinnen und Bürger in die EU generell und in ihre Rolle als Vermittlerin sinkt seit 2018 stetig, da ihre Mitgliedsstaaten insbesondere bezüglich Visaliberalisierung für die Bevölkerung Kosovos keinen einheitlichen Kurs verfolgen.

Der Dialog zwischen Pristina und Belgrad hat nichtsdestotrotz schon einige wichtige Ergebnisse gebracht, etwa gemeinsame Kontrollen an den derzeit sechs Grenzübergängen zwischen Serbien und Kosovo, den Beginn der Zolleinhebung im Norden, die Installierung von Verbindungsbeamtinnen und -beamten in Pristina und Belgrad, die Durchführung von Wahlen im gesamten Staatsgebiet Kosovos (inkl. dem Norden), oder die eigene Telefonvorwahl für Kosovo (Ländercode +383) seit 2019.

Ende 2018 kam es zu einer Unterbrechung des Dialogs. Hauptgründe dafür waren gegenseitige Vorwürfe, Vereinbarungen nicht zu respektieren bzw. Versuche Serbiens, diverse Staaten zur Rücknahme der Anerkennung von Kosovo zu bewegen. Kosovo reagierte daraufhin mit der Einführung von Strafzöllen von 100 Prozent auf Importe aus Serbien sowie Bosnien und Herzegowina. Mit April 2020 wurden die Strafzölle aufgehoben, sodass Serbien wieder der Hauptlieferant von Waren nach Kosovo ist (7,8 Prozent des Importanteils), gefolgt von Nord Mazedonien (5,3 Prozent) und Albanien (3,95 Prozent). Jedoch führte die Regierung Kurti kurz vor ihrem Amtsende erneut reziproke Maßnahmen gegen Serbien ein, die scharf von der EU und dem (damaligen) kosovarischen Präsidenten Thaci verurteilt wurden. Die Entscheidung kam drei Tage vor dem Amtsantritt des derzeit amtierenden Premierministers Hoti, der am 6. Juni 2020 beschloss, die Maßnahmen hinsichtlich der Importsteuern mit Serbien wieder abzuschaffen. Dies ermöglichte die Wiederherstellung des Handels zwischen den beiden Ländern und ebnete den Weg für die Wiederaufnahme des von der EU geförderten Dialogs zwischen Belgrad und Pristina im Juli 2020, was einen Neustart nach ungefähr eineinhalb Jahren Unterbrechung bedeutete. Im April 2020 wurde Miroslav Lajcak zum EU-Sonderbeauftragten für den Belgrad-Pristina Dialog sowie andere Regionalfragen des Westbalkans ernannt.

Grenzkonflikt mit Montenegro

Mittlerweile umgesetzt ist das Abkommen über die Grenzdemarkation mit Montenegro, das die Vorgängerregierung am Rande einer Westbalkan-Konferenz in Wien (im Zuge des „Berlin-Prozesses“) am 27. August 2015 unterzeichnet hat. Insbesondere die AAK, die Partei des ehemaligen Premierministers Haradinaj, hat das Abkommen in der Vergangenheit scharf kritisiert. Es kam zu gewaltsamen Demonstrationen. Die Gegner befürchteten, dass es durch das Abkommen zu Gebietsverlusten für Kosovo kommen könnte. Das Abkommen war eine Voraussetzung für die Visaliberalisierung seitens der EU, die Kosovo jedoch bis dato noch nicht gewährt wurde.

Kosovo und die Europäische Union

Im Zentrum der kosovarischen Außenpolitik steht die schrittweise Integration in das euroatlantische Gefüge. Einer der größten Erfolge Kosovos auf dem Weg der EU-Annäherung war der Abschluss des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens, das am 1. April 2016 in Kraft trat. Es ist die erste vertragliche Beziehung zwischen Kosovo und der EU, wobei es sich um ein „EU-only“-Abkommen handelt, da fünf EU-Mitgliedsstaaten die Unabhängigkeit Kosovos nicht anerkennen.

Im Juli 2018 bestätigte die EU-Kommission, dass Kosovo alle ausstehenden Anforderungen und Vorgaben des Fahrplans für die Visaliberalisierung erfüllt hat. Das Europäische Parlament stimmte ebenfalls für die Aufhebung der Visumpflicht für kosovarische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Ein Beschluss des Rats steht hierbei noch aus.

Der Fortschrittsbericht 2020 der EU-Kommission zu Kosovo war vorwiegend kritisch. Die Kommission hält darin fest, dass der Beobachtungszeitraum für weitere Reformschritte vor allem wegen innenpolitischer Entwicklungen weitgehend ungenutzt blieb. Positive Schritte wurden bei der Gewährleistung einer unabhängigen Justiz sowie bei der Reform der öffentlichen Verwaltung gesetzt. Jedoch sind weitere energische Bemühungen wichtig, um die Angleichung an EU-Standards zu erreichen, nicht zuletzt im Kampf gegen organisierte Kriminalität und Korruption. Kritik gibt es an der Besetzung von öffentlichen Ämtern mit Personen, die wegen Kriegsverbrechen verurteilt sind, sowie an nur begrenzten Fortschritten auf dem Gebiet der Meinungsfreiheit. Weitere Bemühungen bei der Implementierung von Reformen der öffentlichen Verwaltung und des Justizsystems sowie bei der Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption seien notwendig, ebenso wie ein konstruktives politisches Klima im Parlament. Der Bericht übt insbesondere auch Kritik an der Besetzung öffentlicher Ämter mit Personen, die wegen Kriegsverbrechen oder organisierter Kriminalität verurteilt sind.

Trotz der Herausforderungen, die Kosovo noch zu bewältigen hat, gibt es auch spürbare Fortschritte: etwa beim raschen Ausbau der Infrastruktur und des Straßennetzes und im Bereich guter Regierungsführung. Auch das Investitionsklima hat sich in den vergangenen Jahren markant verbessert. Die instabile politische Lage hat jedoch den Fortschritt bei der Umsetzung der geplanten Reformziele verzögert.

Wirtschaft

In den letzten Jahren hat die Wirtschaftsleistung Kosovos aufgrund einer umsichtigen Fiskal- und Finanzpolitik die der meisten Nachbarländer übertroffen. Das Land weist die niedrigste Staatsverschuldung im Verhältnis zum BIP in der Region auf. Jedoch werden die globalen Auswirkungen der COVID-19 Pandemie und die von den Regierungen auferlegten Präventionsmaßnahmen voraussichtlich einen gravierenden Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit haben. Schon vor der Pandemie wurde erwartet, dass sich das Wirtschaftswachstum aufgrund der innenpolitischen Verwerfungen auf 3 Prozent im Jahr 2020 (4 Prozent im Jahr 2019) verlangsamen würde. Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds revidierten ihre Prognosen im Oktober 2020 und erwarten nun einen Rückgang des kosovarischen BIP um 8,8 Prozent bzw. 7,5 Prozent. Die Erholung in den Jahren 2021 und 2022 wird voraussichtlich langsamer ausfallen als zuvor prognostiziert und hängt von einem Aufschwung des EU-Wachstums, der erfolgreichen Eindämmung der Pandemie bis zur Impfung der Bevölkerung, der effektiven Umsetzung des wirtschaftlichen Erholungsprogramms der Regierung und der Normalisierung der Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien ab.

Wachstumsbranchen sind nach wie vor der Bau-, Dienstleistungs-, Banken- und Versicherungssektor sowie die Informations- und Kommunikationstechnologie. Hauptmotoren der Wirtschaft sind Transferleistungen der Diaspora (600–800 Millionen Euro bzw. 15–20 Prozent des BIPs), Kapitalinvestitionen, Auslandsinvestitionen, Investitionen der Regierung sowie die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft. Korruption und mangelhafte Verwaltungsstrukturen hemmen den wirtschaftlichen Fortschritt. Problematisch ist auch das weiterhin große Handelsdefizit, das im vergangenen Jahrzehnt durchschnittlich bei etwa -200 Millionen Euro lag. Im ersten Halbjahr 2020 hat Kosovo Waren im Wert von

213,1 Millionen Euro exportiert, während die Importe mit 1,460 Milliarden Euro deutlich höher waren.

Die schwierige Arbeitsmarktsituation gibt weiterhin Anlass zur Sorge. Laut der Arbeitskräfteerhebung für das erste Quartal 2020, die von der kosovarischen Agentur für Statistik im August 2020 veröffentlicht wurde, waren 29,1 Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter beschäftigt. Das war ein Anstieg der Beschäftigungsquote um nur 0,9 Prozentpunkte im Vergleich zum ersten Quartal 2019. Allerdings sank die Beschäftigungsquote im zweiten Quartal 2020 auf 24,1 Prozent. Bisher reichte das Wachstum nicht aus, um tausende auf den Arbeitsmarkt drängende Leute, insbesondere viele Akademikerinnen und Akademiker, zu beschäftigen. Sehr hohe Nichterwerbsquoten (66,8 Prozent), insbesondere bei Frauen (82,4 Prozent) und Jugendlichen (54,1 Prozent) deuten auf Schwarzarbeit und eine Diskrepanz zwischen Bildungsabschlüssen und Arbeitsmarkterfordernissen hin. Das durchschnittliche Einkommen liegt bei rund 450 Euro im Monat. Laut Weltbank leben derzeit etwa 18 Prozent der Bevölkerung von weniger als 2 US-Dollar pro Tag. Durch die Pandemie könnten etwa 32 Prozent der Arbeitskräfte entweder Einkommensverluste erleiden oder ihren Arbeitsplatz verlieren, was die hohe Arbeitslosigkeit weiter verschärfen und die Armutsquote um 4–10 Prozentpunkte erhöhen würde.

Menschenrechte und Situation der Minderheiten

Der Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission vom Oktober 2020 räumte Kosovo ein, dass der Rechtsrahmen den Schutz der Grund- und Menschenrechte im Großen und Ganzen garantiere. Die Umsetzung der Menschenrechtsgesetze und -strategien wird jedoch häufig untergraben: durch unzureichende finanzielle und andere Ressourcen, insbesondere auf lokaler Ebene, eine begrenzte politische Prioritätensetzung und mangelnde Koordination. Probleme gibt es noch bei den Eigentumsrechten, insbesondere bei Erbschaften, bei der Rückkehr und Reintegration von Vertriebenen und beim Schutz des kulturellen Erbes. Die schwache Durchsetzung der Menschenrechte in Kosovo hat vor allem im Norden zum Teil mit zu wenig politischem Interesse zu tun. Insbesondere hält der Bericht noch folgende Bereiche fest, in denen dringender Nachholbedarf besteht: Schutz von Frauenrechten bzw. Gewalt gegenüber Frauen, Rechte von Menschen mit Behinderungen und Umsetzung von Strategien und gesetzlichen Bestimmungen im Bereich des Minderheitenschutzes. Hierbei sind in den letzten Jahren jedoch erhebliche Fortschritte zu verzeichnen (auch bei den Rechten von LGBTI).

Entwicklungspolitik

Erklärte Ziele Kosovos sind die Visaliberalisierung, die EU-Integration und die UN-, Interpol- und NATO-Mitgliedschaft. Sämtliche Politikbereiche Kosovos sind von diesen Zielen bestimmt. Herausforderungen dabei sind schwache Institutionen, politische Einflussnahme, Uneinigkeit der EU bzw. ihrer Mitgliedsstaaten sowie Einzelinteressen mancher Geber. Die Nationale Entwicklungsstrategie 2016–2021 soll zur Weiterentwicklung des Landes beitragen.⁵

Entwicklungszusammenarbeit zwischen Österreich und Kosovo

Österreich ist ein langjähriger, enger Partner Kosovos. Diese Verbundenheit geht auf die Geschichte zurück und auf das Bemühen Österreichs um eine europäische Perspektive für

⁵ http://www.kryeministri-ks.net/repository/docs/National_Development_Strategy_2016

die Region, die Anerkennung der Eigenstaatlichkeit Kosovos im Jahr 2008 und die Unterstützung seit den schwierigen 1990er-Jahren.

Kosovo ist seit 1999 Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Seit der Unabhängigkeit Kosovos und der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen am 20. März 2008 gibt es in Pristina eine Österreichische Botschaft und ein Auslandsbüro der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Vor 2008 war dieses eine Außenstelle des Auslandsbüros in Belgrad.

Anfänglich konzentrierte sich die Kooperation vor allem auf Notmaßnahmen in den Bereichen Basisinfrastruktur (Wasser, Straßen, etc.) und humanitäre Hilfe, später vermehrt auf Bereiche wie Bildung, Demokratisierung und Menschenrechte sowie wirtschaftliche Entwicklung, vor allem im ländlichen Raum.

Aktuell unterstützt Österreich insbesondere:

- den Bildungssektor,
- den nachhaltigen Aufbau der kosovarischen Institutionen im Sinne guter Regierungsführung (Kapazitätsentwicklung),
- die Wirtschaft (etwa die Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben und des Arbeitsmarktes) und
- eine starke Zivilgesellschaft.

Die gegenwärtige Phase der Transformation ist bedeutend für die Entwicklung demokratischer Werte sowie die Gleichberechtigung von Männern und Frauen und Gender Mainstreaming, die Entwicklung des Minderheitenschutzes und der Minderheitenrechte, der für den Arbeitsmarkt relevanten Berufsausbildung, des Bologna-Prozesses im Bereich Universitätsausbildung, der Rechtsstaatlichkeit und einer funktionierenden Marktwirtschaft.

Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen Österreichs

Die gesamten öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen Österreichs⁶ (ODA) an Kosovo betragen von 2008 bis 2018 118 Millionen Euro. Die Leistungen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) im gleichen Zeitraum beliefen sich auf 28,28 Millionen Euro.

ODA Österreichs an Kosovo, Auszahlungen in Millionen Euro

	2014	2015	2016	2017	2018	2019
bilaterale ODA gesamt an Kosovo in Mio. Euro	10,01	6,64	7,84	6,49	7,08	10,97
in % der bilateralen Gesamt-ODA	2,09	0,94	0,88	1,22	1,73	2,77
OEZA/ADA an Kosovo in Mio. Euro	2,69	2,53	2,58	2,56	2,70	3,31
OEZA/ADA an Kosovo in % der ges. OEZA/ADA-Leistungen (ODA)	3,49	3,42	3,27	2,75	3,13	3,25

Quelle: ADA-Statistik

⁶ BMF, BMBWF, BMDW, BMI, BMEIA u. a.; Länder, Städte und Gemeinden

Projektbeispiele

Reaktion auf COVID-19

Als Reaktion auf die unmittelbaren Auswirkungen der COVID-19-Pandemie wurde der Gesundheitssektor von der internationalen Gemeinschaft mit kritischen Materialien und Ausrüstungen unterstützt. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit beteiligte sich über das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen. Konkret erhielt das Universitätsklinikum in Pristina so 14.402 Testkits für den Nachweis und die Extraktion des COVID-19-Virus. Unterstützt wurde auch das Gesundheitsministerium bei der effizienten Lokalisierung der Hotspots der Pandemie und bei der besseren Prognose und Planung.

Vertragspartner:
Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) Kosovo
Laufzeit:
05/2020–09/2020
OEZA-Beitrag:
250.000 Euro

Bildung

Die Hälfte der kosovarischen Bevölkerung ist jünger als 30 Jahre. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt daher den Aufbau und die Modernisierung des Bildungssystems. Das österreichische Engagement konzentriert sich auf den Hochschulbereich und berufliche Bildung.

Gerüstet für den Job

Das Projekt „Aligning education with labour market needs“ macht Bildungsprogramme von berufsbildenden Schulen und Hochschulen relevanter für den Arbeitsmarkt und passt sie an den nationalen sowie den europäischen Qualifikationsrahmen an.

Eine eingehende Analyse des kosovarischen Arbeitsmarktes machte die Schlüsselsektoren IT, Landwirtschaft, Lebensmittelverarbeitung und Maschinenteknik ausfindig. In diesen Bereichen ist das Potenzial an Arbeitsplätzen landesweit am höchsten. Das Projekt konzentrierte sich demnach darauf, die Ausbildungen für diese Bereiche gezielter auszurichten und zu verbessern. Neben systemischen Reformen erhalten ausgewählte Schulen etwa Werkstätten, damit die Schülerinnen und Schüler praktische Erfahrungen sammeln können.

Mehrere Firmen halfen, die Lehrpläne künftig mehr nach den Bedürfnissen der Betriebe auszurichten. Außerdem bieten sie Praktika an. Konkret profitieren 2.500 Berufsschülerinnen und -schüler und 3.000 Studierende vom Projekt. Der kosovarische Bildungssektor, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und beteiligte Ministerien ziehen ebenfalls indirekt einen Nutzen daraus.

Vertragspartner:
EU
Lokaler Partner:
Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Technologie, Ministerium für Arbeit und Soziale Wohlfahrt, Universität Pristina, Berufsschulen
Laufzeit:
02/2015–09/2022
OEZA-Beitrag:
1.400.000 Euro
EU-Beitrag:
6,6 Mio. Euro

Platz für Minderheiten

Das Projekt „Empowerment of Kosovo’s non-majority communities through education, dialogue and involvement in decision-making processes“ verbessert die Einbindung von Roma, Ashkali sowie Ägypterinnen und Ägyptern in fünf kosovarischen Gemeinden, in denen größere Minderheitengemeinschaften leben: Fushe Kosove/Kosovo Polje, Janjevo/o, Plemetin/a, Shtime und Gracanica. Ziel ist es, die Integration von Minderheiten und benachteiligten Menschen in Kosovo durch qualitativ hochwertige Bildung und sozialen Zusammenhalt zu verbessern.

So sollen fünf Lernzentren in die lokalen Schulen der Gemeinden integriert werden. Aktivitäten, die in den Lernzentren durchgeführt werden, sind unter anderem: Unterstützung durch Vorschul- und Nachmittagsaktivitäten, Hausaufgabenhilfe für Kinder in Grundschulen sowie Lese- und Rechenkurse für Frauen. Darüber hinaus arbeitet das Projekt daran, Lehrerinnen und Lehrer, Mitarbeitende der Lernzentren und Freiwillige dahingehend zu

Vertragspartner:
PL4Y International, ARGE: PL4Y International, The Ideas Partnership
Laufzeit:
10/2013–01/2023
OEZA-Beitrag:
1,09 Mio. Euro

stärken, inklusive und hochwertige Bildung anzubieten. 1.535 Menschen werden direkt vom Projekt profitieren.

Innovation für Jugendbeschäftigung

Das Projekt soll heranwachsende Mädchen und Jungen sowie junge Männer und Frauen dabei unterstützen, ihr volles Potenzial zu entfalten. Es soll sie dazu befähigen, Akteurinnen und Akteure des sozialen Wandels, zu Innovatorinnen und Innovatoren sowie Unternehmerinnen und Unternehmern zu werden. Ziel ist es, die Beschäftigungsfähigkeit sowie die wirtschaftlichen Möglichkeiten junger Menschen in Kosovo zu verbessern. Dafür sollen sie Fähigkeiten für das Leben und Fertigkeiten für gute Berufschancen erhalten.

Vertragspartner:
United Nations
Children's Fund -
New York
Laufzeit:
12/2012–08/2022
OEZA-Beitrag:
1,7 Mio. Euro

In einem ersten Schritt bekommen Schulen der oberen Sekundarstufe kompetenzbasierte Lehrpläne mit neuen Modulen zu den Themen Unternehmertum, soziale Interessensvertretung und kritische Medienkompetenz. Das kommt 2.400 Heranwachsenden, davon 60 Prozent Mädchen, zugute.

Die gleichen Themen werden auch in vier „Social Innovation Hubs“ vermittelt. Diese lokalen Innovationszentren stehen 2.200 Mädchen und Jungen zur Verfügung, die keinen Zugang zum formalen kompetenzbasierten Schulsystem haben.

600 Mädchen und Jungen sowie junge Erwachsene (60 Prozent Mädchen und junge Frauen) bekommen Schulungen in relevanten Informations- und Kommunikationstechniken. Sie machen außerdem Berufserfahrung durch Praktika. Informations- und Kommunikationstechnik-Expertinnen und -Experten betreuen sie dabei laufend. Das gibt den jungen Menschen langfristig bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und Perspektiven für ihre Zukunft.

Hochschulen für Entwicklung

Das Hauptziel des Projekts ist es, das Hochschul- und Forschungssystem in Kosovo dabei zu unterstützen, internationaler, kohärenter, effektiver und effizienter zu werden. Absolventinnen und Absolventen sollen nach ihrem Studium bessere Beschäftigungsmöglichkeiten haben. Außerdem soll das Wissen, das von Universitäten ausgeht, auch außerhalb des akademischen Umfelds zum Nutzen der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft beitragen.

Vertragspartner:
World University
Service
Lokaler Partner:
Ministerien für Unterricht, Wissenschaft und Technologie und die staatliche Universität Kosovo
Laufzeit:
11/2016–05/2023
OEZA-Beitrag:
4,3 Mio. Euro

Das Projekt konzentriert sich vor allem auf drei Ebenen:

1. Politische Ebene - Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit und der Politik in den Bereichen Hochschulbildung sowie Forschung und Innovation: Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Technologie und Innovation soll Strategien für Hochschulbildung und Forschung nach europäischen Standards entwickeln und umsetzen können. Die Akkreditierungsagentur in Kosovo, die wichtigste Qualitätssicherungsstelle für Hochschulen, soll die wichtigsten Empfehlungen des Europäischen Netzwerks der Qualitätssicherungsagenturen umsetzen.
2. Hochschulebene - Stärkung der höheren Bildungseinrichtungen: Die Strategiepläne der öffentlichen Universitäten werden überprüft und (weiter-)entwickelt. Entscheidungsprozesse sollen in Folge immer auf diesen Strategien basieren und besser zu einem wettbewerbsfähigen Hochschulsektor und zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung in Kosovo beitragen.
3. Forschungsebene - Stärkung der Forschungskapazitäten: Fakultäten, Institute sowie Einzelforscherinnen und Einzelforscher sollen sich verstärkt an internationalen Forschungskoperationen beteiligen. Lehre und Forschung sollen sich durch Stipendien und Forschungsprojekte verbessern.

Direkt vom Projekt profitieren 200 Personen: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Technologie und Innovation, vor allem im Fachbereich für Hochschulbildung, Technologie und Innovation. Weiters auch das Ministerkabinett, Mitarbeitende des Strategieplanungsbüros der Regierung und Akteurinnen und Akteure der Akkreditierungsagentur in Kosovo.

Hochschulen mit internationalem Niveau

Auch dieses Projekt hat zum Ziel, das Hochschulsystem Kosovos internationalen Standards anzupassen. Zentral dabei sind Qualität, Transparenz, Integrität und Rechenschaftspflicht. Dadurch soll der kosovarische Hochschulsektor wettbewerbsfähig werden. Das soll langfristig zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes beitragen.

Das Projekt stärkt die Akkreditierungsagentur in Kosovo. Diese beaufsichtigt die Anbieter von Hochschulstudien im Land und berät das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Technologie. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Agentur erhalten etwa Schulungen. Die Expertise der Agentur verbessert sich unter anderem durch das Wissen internationaler und lokaler Fachexpertinnen und -experten. Das Projekt soll auch dazu beitragen, die Rechtsvorschriften im akademischen Bereich, etwa das kosovarische Hochschulgesetz, zu verbessern. Hierfür werden neue akademische Vorschriften, Verfahren und Praktiken entwickelt und umgesetzt.

Junge Fakultätsmitglieder, insbesondere junge Universitätsassistentinnen und -assistenten sowie Postdoktorandinnen und -doktoranden, erhalten mehr Know-how, etwa zum richtigen akademischen Arbeiten.

Neben der Akkreditierungsagentur in Kosovo, dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Technologie und den jungen Forscherinnen und Forschern werden sieben öffentliche Universitäten mit 62 Prozent der Studierenden in Kosovo von dem Projekt profitieren. Auch Studentinnen- und Studentenorganisationen sind Zielgruppe des Projektes. Sie erhalten Unterstützung dabei, sich aktiv dafür einzusetzen, dass Standards für Transparenz, Integrität und Rechenschaftspflicht im Hochschulsektor umgesetzt werden. Dazu sollen sie Vorschläge ausarbeiten, von denen 30 bis 40 finanzielle Unterstützung zur Umsetzung bekommen. Insgesamt soll das Projekt über 1.160 Menschen erreichen.

Ländliche Entwicklung

Nachhaltige und integrative ländliche Wirtschaftsentwicklung

Der Landwirtschaftssektor in Kosovo ist gekennzeichnet von eingeschränkten Produktionskapazitäten, einem niedrigen Organisationsniveau und vom Mangel an Zugang zu Fachwissen. Auch der Klimawandel und daraus resultierende Umweltrisiken haben einen negativen Einfluss.

Durch den sogenannten „Market Systems Development“-Ansatz leistet das Projekt einen Beitrag zu nachhaltigeren und integrativeren Marktsystemen. Es zielt darauf ab, dass Produzentinnen und Produzenten an bestehenden Marktsystemen besser teilnehmen können. Ihr Einkommen und ihre Produktivität sollen sich langfristig erhöhen. Auch weiterverarbeitende Betriebe und Händler sollen durch steigende grenzüberschreitende Handels- und Exportmöglichkeiten ihre Einnahmen verbessern.

Produzentinnen und Produzenten lernen, welche klimaresistenten landwirtschaftlichen Praktiken es gibt. So soll der Einsatz ökologisch nachhaltiger Betriebsmittel und Dienstleis-

Vertragspartner:
Kosova Education Center

Lokaler Partner:
Kosova Education Center, Organization for improvement of the quality of education, Zentrum für Soziale Innovation GmbH

Laufzeit:
04/2019–03/2022

OEZA-Beitrag:
1 Mio. Euro

Vertragspartner:
Caritas Switzerland

Laufzeit:
03/2020–02/2023

OEZA-Beitrag:
2,5 Mio. Euro

tungen etabliert werden, die sich stimulierend auf die landwirtschaftliche Produktion auswirken und Exportmöglichkeiten begünstigen. So leistet das Projekt einen signifikanten Beitrag zur Armutsminderung für die ländliche Bevölkerung.

Das Projekt baut auf drei Projekten der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in der ländlichen Entwicklung auf, die im Jänner 2020 erfolgreich abgeschlossen wurden. Die Zielgruppe dieser Projekte waren Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Dadurch greift die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit in Kosovo heute auf großes institutionelles Wissen in den Bereichen Kapazitäts- und Organisationsentwicklung, ökologische Landwirtschaft und Zertifizierung sowie Entwicklung von Marktsystemen zurück.

Besserer Marktzugang für Unternehmen

Das Projekt hat zum Ziel, Armut und die Ausgrenzung armer Menschen in Kosovo zu verringern. Das soll insbesondere durch höhere Einkommen und mehr Beschäftigungsmöglichkeiten geschehen.

Dafür soll sich die Wettbewerbsfähigkeit und der Marktzugang kosovarischer Unternehmen verbessern. Hierfür erhalten diese mehr Unterstützung von diversen Einrichtungen der Unternehmensförderung, etwa von Informationsplattformen, und seitens der Regierungsbehörden. So sollen sie etwa mehr Informationen über den Markt und seine Anforderungen bekommen. Junge Unternehmerinnen und Unternehmer erhalten unter anderem Wissen darüber, wie man einen Businessplan erstellt und ein Unternehmen gründet. Dieser Prozess soll generell leichter werden, zum Beispiel durch die digitale Unternehmensregistrierung. Auch der Zugang zu Finanzmitteln wie Krediten soll leichter werden. Neue Regulierungen sollen den Unternehmen ermöglichen, zu wachsen und mehr Personal einzustellen. Auch sollen die wichtigsten Interessengruppen der Unternehmensbranche künftig besser kooperieren. Hierfür ist der Aufbau eines strukturierten Dialogs für alle relevanten Akteure wie Regierungsbehörden, Ministerien und Unternehmensverbände zentral.

Vom Projekt profitieren bis zu 2.000 private Unternehmen sowie mindestens 8.000 Beschäftigte und ihre Familien. Insbesondere Frauen erhalten Unterstützung, Unternehmen zu gründen bzw. sich an Unternehmen zu beteiligen.

Starkes Frauennetzwerk

Das von der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit unterstützte kosovarische Frauennetzwerk hilft Frauen, insbesondere in ländlichen Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit, einen Job zu finden. Damit verbessern sich ihre Lebensbedingungen und Stellung in der Gesellschaft. Das traditionelle gesellschaftliche Rollenbild soll durch Informationsarbeit aufgebrochen werden.

Das Netzwerk unterstützte etwa junge Frauen aus der Region Dragash dabei, ihre Anliegen beim Bürgermeister vorzubringen. Das zeigte Erfolg: Die Gemeinde wird berufsbildende Kurse und Sekundarbildung für Frauen finanzieren.

Von den Lobbyaktivitäten und Initiativen, auch verschiedener Mitgliedsorganisationen des Frauennetzwerks, profitieren rund 4.000 Frauen, Mädchen und Kinder sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Das langfristige Ziel ist, dass Frauen und Männer gleiche Chancen auf Bildung, Beschäftigung, politische Teilhabe, Gesundheitsversorgung und ein Leben frei von Gewalt haben.

Vertragspartner:
ECIKS Management Consulting LLC
Lokaler Partner:
Ministerium für Handel und Industrie
Laufzeit:
11/2018–06/2022
OEZA-Beitrag:
1.250.000 Euro

Vertragspartner:
Kosovo Womens Network
Lokaler Partner:
Kosovo Womens Network
Laufzeit:
12/2012–02/2025
OEZA-Beitrag:
1.952.800 Euro

Regionalprojekt

Qualitätsjournalismus für mehr Transparenz

Das Balkan Investigative Reporting Network (BIRN) ist eine der bekanntesten und bestvernetzten zivilgesellschaftlichen Organisationen Südosteuropas für investigativen Journalismus. Von Kosovo ausgehend setzt BIRN mit Unterstützung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit eine Initiative für mehr Transparenz in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Moldau, Montenegro und Serbien um.

Dabei geht es darum, das Fehlverhalten von Regierungen, öffentlichen und privaten Unternehmen sowie von Einzelpersonen aufzudecken und diese Informationen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dafür erstellt BIRN frei zugängliche Datenbanken mit Dokumenten öffentlichen Interesses. Außerdem bildet es Medienvertreterinnen und -vertreter in investigativem Journalismus aus. Davon profitieren rund 85 erfahrene Journalistinnen und Journalisten sowie 30 Studierende des Lehrgangs Journalismus der Universität Pristina.

Vertragspartner:
Balkan Investigative Reporting Network
Laufzeit:
10/2013–01/2023
OEZA-Beitrag:
1.659.600 Euro

Wirtschaftspartnerschaften

Bio-Dünger für Kosovo

Mit diesem Projekt wurde eine Produktion für qualitativ hochwertigen Bio-Dünger in Kosovo aufgebaut. Dieser wird nun auf dem lokalen und dem EU-Markt verkauft. Außerdem förderte das Projekt die biologische und umweltschonende Landwirtschaft.

Konkret ermöglichte es die Produktion von Bio-Dünger durch den Aufbau einer speziellen Anlage zu dessen Herstellung. Es wurde ein Partnernetzwerk aufgebaut, über das die Anlage mit landwirtschaftlichem organischem Abfall versorgt wird. Dieser kann nun also gewinnbringend verwertet werden. Vertreterinnen und Vertreter des Ministeriums für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und ländliche Entwicklung und des regionalen Umweltzentrums wurden zum Thema Bio-Dünger sensibilisiert. Sie erhielten etwa Know-how rund um dessen Vorteile, damit sie seinen Einsatz verstärkt fördern. Landwirtinnen und -wirte bekamen Schulungen, damit sie die Düngemittel richtig anwenden können. Außerdem wurde im Rahmen des Projektes ein Vertriebsnetz für Bio-Dünger aufgebaut.

Durch das Projekt bekamen 1.075 kosovarische Landwirtinnen und Landwirte Zugang zu Bio-Dünger. Es entstanden neue nachhaltige Einnahmequellen. Auch die Umwelt profitiert durch diese Alternative zu mineralischen Düngemitteln. Im Rahmen des Projektes wurden im Sinne der lokalen Wertschöpfung mindestens 9.000 t Bio-Dünger aus Abfällen produziert und vertrieben. Außerdem wurden 5.000 saisonale Jobs geschaffen.

Vertragspartner:
Arbeitsgemeinschaft – Dutch Milling Technology International
Laufzeit:
08/2017–12/2020
OEZA-Beitrag:
500.000 Euro

E-Learning in der akademischen Aus- und Weiterbildung

Das Ziel des Projekts ist es, Online- und Blended-Learning-Programme im Bereich Wirtschaft in Kosovo anzubieten. Dafür entwickeln die Austrian School of Applied Studies und die University of Applied Sciences in Ferizaj in einer Kooperation akademische Online-Kurse. Diese sollen als international anerkannte, zertifizierte Programme in betriebswirtschaftlichen Kompetenzbereichen angeboten werden. Die Wirtschaftspartnerschaft trägt so zur nachhaltigen Entwicklung des Privatsektors in Kosovo bei. Sie schafft die Voraussetzungen für akademisches E-Learning und die Weiterentwicklung derjenigen beruflichen Qualifikationen, die am meisten von den involvierten Stakeholdern am Arbeitsmarkt nachgefragt werden.

Nach Abschluss des Projekts wird die kosovarische Universität in der Lage sein, Fernkurse zu leiten und neue Programme selbstständig zu entwickeln. Somit wird der Ansatz des

Vertragspartner:
Austrian School of Applied Studies ASAS Aus- und Weiterbildungs GmbH
Laufzeit:
12/2019–11/2021
OEZA-Beitrag:
200.000 Euro

Fernlernens ein Instrument für die Uni sein, um weitere Programme zu entwickeln und neue Partnerschaften mit anderen Universitäten in ganz Europa aufzubauen.

Ein Zentrum für technische Meisterinnen und Meister

Das neue Trainingszentrum für Meisterinnen und Meister soll die Menschen mit den nötigen Qualifikationen für den Arbeitsmarkt ausstatten. Das Zentrum bietet drei Bildungsniveaus an: Postsekundäre Berufsbildung (zwei Jahre), Berufsqualifizierung (sechs bis zwölf Monate) und Validierung bestehender Fähigkeiten. Im Fokus stehen die Entwicklung von technischen Kompetenzen in Bereichen wie Mechatronik, Elektromechanik, Elektroinstallation, Wasserversorgung, Heizungs- und Klimaanlageinstallation.

Vertragspartner:
Arbeitsgemeinschaft -
Hymeri Kleemann
Laufzeit:
07/2019–06/2021
OEZA-Beitrag:
500.000 Euro

Ziel ist es, die Curricula zu entwickeln und zu akkreditieren. Insgesamt sollen in den ersten Jahren mindestens 250 Schülerinnen und Schüler (mindestens 20 Prozent weiblich) ein Training erhalten und praktische Fähigkeiten im Ausbildungszentrum erwerben. Mittelfristig sollen es 410 Studierende pro Jahr sein. Auf dem Plan steht auch, ein PR-Konzept zu entwickeln, das Frauen ermutigt, sich für Stellen in der Fertigungs- und Dienstleistungsbranche zu bewerben. Außerdem soll das Zentrum anderen Schulen in Kosovo als Best-Practice-Beispiel dienen.

Möbel made in Kosovo

Kosovarische Möbelfirmen sollen fit für den EU-Markt werden. Hierfür bekommen sie Unterstützung dabei, ihre Produkte zu entwickeln und zu produzieren.

Vertragspartner:
FONESS GmbH
Laufzeit:
04/2019–03/2022
OEZA-Beitrag:
200.000 Euro

Die beiden beteiligten kosovarischen Firmen verfügen bereits über modernste Fertigungs- und Lackieranlagen, können diese hochkomplexen, computergesteuerten Maschinen mangels Know-how jedoch nicht bedienen. Darum wird nun die gesamte Produktionskette neu gestaltet – unter Einhaltung höchster Qualitätsstandards. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten firmeninterne Ausbildungen und Trainings, neue Arbeiterinnen und Arbeiter werden für die Produktion und Qualitätskontrolle angestellt.

Auch die Entwicklung von neuen Produkten soll nicht zu kurz kommen. Qualitätsstandards (u. a. ISO 9001 und ISO 14001) sorgen dabei für bessere Enderzeugnisse. Insgesamt soll sich die Wertschöpfung im Produktionsbereich und im kreativen Bereich erhöhen. Eine komplett neue Verpackungs- und Transportlogistik für die gefertigten Möbel macht die Montage bei den Endabnehmerinnen und Endabnehmern effizienter und effektiver.

Von dem Projekt profitieren insgesamt 14 Unternehmen aus der Holz-Wertschöpfungskette sowie 400 Personen, die in diesem Bereich tätig sind. Es ist geplant, mindestens 100 Arbeitsplätze (davon 40 für Frauen) in der Projektlaufzeit und mittelfristig (in drei bis fünf Jahren) 350 Arbeitsplätze zu schaffen.

Entwicklung und Optimierung des Weinbaus in Kosovo

Derzeit wird der Weinbau in Kosovo in kleinen, voneinander unabhängigen Weingärten und nach veralteten Anbaumethoden betrieben. Die Bäuerinnen und Bauern versuchen ihre Weintrauben an Betriebe um Rahovec und Suhareka zu liefern oder Tafeltrauben direkt auf dem Markt zu verkaufen. Wissen im Weinanbau fehlt oder ist veraltet, die Bäuerinnen und Bauern sind schlecht organisiert und arbeiten kaum zusammen. Dadurch stehen sie in direkter Konkurrenz zueinander und erhalten keinen gerechten Preis für ihre Ernte.

Vertragspartner:
Arbeitsgemeinschaft –
Morandell Alexander
Laufzeit:
03/2020–02/2022
OEZA-Beitrag:
200.000 Euro

Ziel des Projekts ist es, den Weinbau in Kosovo weiterzuentwickeln und die Produktion von Qualitätsprodukten für den kosovarischen und internationalen Markt zu ermöglichen.

Fortgeschrittene Technologien und hochspezialisierte Produktions- und Arbeitsweisen sollen helfen, die Produktion von Reben auf ein qualitativvolles Niveau zu heben. Die Bäuerinnen und Bauern lernen umweltfreundliche Anbaumethoden und erhalten Wissen rund um Weinbau, Keller, Verarbeitung und Konsum.

Mindestens 100 lokale Unternehmen profitieren von dem Projekt. Darüber hinaus werden auch öffentliche Institutionen wie das Landwirtschaftsministerium oder das Institut für Weinbau in Rahovec durch Wissensaustausch und Know-how profitieren. Mindestens 30 Arbeitsplätze entstehen, davon 20 für Frauen.

Service

Wichtige Adressen

Österreichische Botschaft Pristina

Ahmet Krasniqi 22, Arberia/Dragodan I,
10000 Pristina

Tel.: +383 38 24 92 84

Fax: +383 38 24 92 85

E-Mail: pristina-ob@bmeia.gv.at

www.aussenministerium.at/pristina

Koordinationsbüro für Technische Zusammenarbeit der Österreichischen Botschaft Pristina

Str. Gjergj Balsha 8, Arberia 1/Dragodan I,
10000 Pristina

Tel.: +383 38 248 151

Fax: +383 38 248 151

E-Mail: pristina@ada.gv.at

Botschaft der Republik Kosovo

Goldegggasse 2/14

1040 Wien

Tel.: +43 1 5031177

Fax: +43 1 503177-20

embassy.austria@rks-gov.net

Konsularabteilung

Goldegggasse 2/13

1040 Wien

Tel.: +43 1 5047400

Fax: +43 1 5047400-20

consulate.vienna@rks-gov.net

Links

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit

<https://www.entwicklung.at/laender/suedosteuropa/kosovo/>

Österreichische Botschaft Pristina

<http://www.bmeia.gv.at/botschaft/pristina.html>

Reiseinformation Kosovo (Republik Kosovo)

<https://www.bmeia.gv.at/reise-aufenthalt/reiseinformation/land/kosovo/>

Regierungsportal Kosovo

<https://www.rks-gov.net/EN/f43/republic-of-kosovo/government>

EU in Kosovo

<http://eeas.europa.eu/delegations/kosovo>

OSZE-Mission in Kosovo

<http://www.osce.org/kosovo>

United Nations Mission in Kosovo

<https://unmik.unmissions.org/>

UNDP Kosovo

<http://www.ks.undp.org>

KFOR

<https://shape.nato.int/ongoingoperations/nato-mission-in-kosovo-kfor->

<http://www.bundesheer.at/ausle/kfor/index.shtml>

Nachrichtenportale

<http://kallxo.com> / <http://www.koha.net> / <http://zeri.info> / <http://prishtinainsight.com/>